

Vertrauensfragen

Über einige Redefiguren in der Politik

Andreas Bracher

Der Bundeskanzler stellt im Bundestag die Vertrauensfrage, jenen vom Grundgesetz vorgesehenen dramatischen Höhe- und Krisenpunkt der parlamentarischen Arbeit. Er lässt sich das Misstrauen des Parlaments aussprechen, um die Handhabe zu bekommen, dem Bundespräsidenten Neuwahlen vorschlagen zu können. Da er aber in diese Neuwahlen wiederum als Führer, und d.h. mit dem Vertrauen seiner Partei, ziehen will, versichert ihn der Parteivorsitzende Franz Müntefering zugleich dieses Vertrauens seiner Partei, wofür die wunschgemäße Misstrauenserklärung im Bundestag ein besonderer Beweis gewesen sei. Zugleich muss ein Dossier zusammengestellt werden, dass dem Bundespräsidenten glaubhaft macht, dass der Bundeskanzler wirklich in Koalition und Fraktion mit einer solchen Erosion des Vertrauens zu kämpfen hatte, wie sie der Verlust der Vertrauensfrage impliziert. Der Bundespräsident wiederum vertraut der Lageeinschätzung des Bundeskanzlers und löst wunschgemäß den Bundestag auf.

Die Politik steckt im Verhältnis zu denen, deren Politik sie ist oder sein soll, in einer Vertrauenskrise, sie verliert schon seit Jahren ihre Glaubwürdigkeit. Die Vertrauenskrise bzw. Glaubwürdigkeitskrise der Politik führt in der Bevölkerung zu einem Phänomen, das unter Verwendung des schönen, sonst in Vergessenheit geratenen deutschen Wortes Verdross, als Politikverdrossenheit bezeichnet wird. Vertrauensverlust, Verlust der Glaubwürdigkeit und Politikverdrossenheit zeigen sich nach landläufiger Meinung im Rückgang der Beteiligung an Wahlen. Dieses Phänomen wird manchmal so behandelt, als ob darin die Bevölkerung die politische Klasse und die Parteien »abstraft«, als ob sie ihr

»einen Denkkzettel verpasst« o.ä. Tatsächlich wäre das eine recht harmlose Strafe, die in Wirklichkeit alles beim Alten lässt. Es wäre eine Strafe, die darin besteht, dass man seiner Hilflosigkeit Ausdruck verleiht, dass man der Tatsache Ausdruck verleiht, dass man »das Vertrauen« verloren hat: mehr die »Strafe« eines ohnmächtigen Kindes gegenüber seinen machthabenden Eltern, als die eines Souveräns gegenüber seinen auf Abwege gekommenen Delegierten. Wenn der Rückgang der Wahlbeteiligung einen Vertrauensverlust widerspiegelt, so in dem Sinne, dass offenbar kein Vertrauen besteht, dass diese Wahlscheidung in irgendeiner relevanten Weise mit den grundlegenden Bedingungen der eigenen Existenz in Beziehung steht, dass sie irgendeinen wesentlichen Einfluss darauf nehmen kann.

Auch wenn man über die innere Szene hinaus ausschaut, spielen Glaubwürdigkeit, Vertrauen und ähnliche Formeln eine große Rolle im politischen Diskurs. In der europäischen Einigungspolitik ist spätestens seit den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Mai, die sich gegen den europäischen Verfassungsvertrag aussprachen, ebenfalls von einer Vertrauenskrise die Rede. Im Juli veröffentlichten sieben europäische Staatsoberhäupter, unter ihnen der deutsche Bundespräsident Köhler, als Antwort auf diese Vertrauenskrise einen »offenen Brief«, der in Deutschland in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht wurde. »Die wichtigste Aufgabe ist jetzt: das Vertrauen in die Europa-Politik zu stärken«, heißt es darin, erneut das Vertrauenssthemata aufgreifend. Das zeigt wohl recht deutlich ebenso eine Hilflosigkeit in der Behandlung der Verhältnisse wie auch die fast absolute Distanz, die

im Bewusstsein dieser politischen Entscheidungsträger zwischen ihnen und der Bevölkerung herrscht. Man behandelt das Thema des »Vertrauens« als primäres, weil man gegenüber den Faktoren im Hintergrund, gegenüber dem, was das Vertrauen schafft oder es zerstört, hilflos oder ratlos ist bzw. weil man sich ohnehin unfähig fühlt oder unwillig ist, etwas Grundsätzliches ändern zu können. Darin liegt natürlich zugleich eine Missachtung gegenüber der Bevölkerung, deren Entscheidung nur noch als Ausdruck einer Vertrauenskrise genommen wird. Im besten Falle muss man Gras darüber wachsen lassen, um dann so fortfahren zu können, als ob nichts geschehen wäre.

Politik als dramatische Inszenierung

Also wird das Vertrauen bzw. der Vertrauensverlust oder die Vertrauenskrise nicht als ein abgeleitetes, sondern als ein primäres Problem in den Vordergrund gerückt und daraus entstehen dann zwangsläufig alle möglichen Ideen für Marketingkonzepte, Öffentlichkeitsarbeit, Erscheinungsbild etc., die das Vertrauen oder die Glaubwürdigkeit wieder stärken sollen. Andererseits ist gerade diese zwischen Politik und Bevölkerung eingeschobene Ebene von taktischer Darstellung eine Ursache des Vertrauensverlusts und so wird dieser Verlust durch die gleichen Maßnahmen, die ihm abhelfen sollen, nur wieder verstärkt. Die Bevölkerung wird zu einer Art passivem Instrument, das immer chaotischer durch darauf angeschlagene Akkorde der immer raffinierteren Öffentlichkeitsarbeit von (Miss-) Klang zu (Miss-) Klang, von Meinung zu Meinung hin- und hergeworfen wird, während die Art, wie diese Klänge angeschlagen und die Meinungen hervorgebracht werden, im Vordergrund nur zu einem immer größeren Vertrauensverlust führt.

Wenn es um die amerikanische Außenpolitik geht, so taucht eine andere verwandte Redeform auf. Hier ist es die Glaubwürdigkeit

(»credibility«), die immer wieder ins Spiel gebracht wird. Sie ist offenbar noch nicht verloren gegangen, ist aber in jedem Moment gefährdet, z.B. bei den Verhandlungen um die Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas. Aufrecht erhalten wird die Glaubwürdigkeit vor allem, indem Drohungen (bzw. Versprechungen), die von dieser Politik gemacht wurden, eingehalten werden. Das heißt: Kriege, die angekündigt oder (für bestimmte Fälle) angedroht wurden, werden auch tatsächlich geführt werden müssen, damit diese Politik nicht ihre Glaubwürdigkeit verliert. In diesem Sinne hat es die amerikanische Außenpolitik zweifellos weitgehend geschafft, ihre Glaubwürdigkeit aufrecht zu erhalten. Niemand würde eine Drohung, die von dort kommt, auf die leichte Schulter nehmen.

Andererseits trennt sich hier das Glaubwürdigkeits- vom Vertrauenthema. Die amerikanische Außenpolitik hat es, anders als die meisten politischen Handelnden, geschafft, ihre Glaubwürdigkeit, zumindest in den Fällen von Krieg und Frieden, zu erhalten. Sie hat sich dadurch aber kaum das Vertrauen erhalten, dass der Kompass, der in dieser Politik waltet, eine menscheitsförderliche Peilung aufwies; und ebenso wenig das Vertrauen, dass er nicht in einem rein egoistischen Sinne eingestellt wäre. Ein solches Vertrauen in die Orientierung der amerikanischen Politik an allgemeinen Maßstäben wird z.B. erschüttert, wenn sie die Staaten des früheren Jugoslawien einerseits zu zwingen versucht, zu garantieren, dass von ihnen keine amerikanischen Staatsbürger an ein internationales Gericht zur Verfolgung von (zukünftigen) Kriegsverbrechen ausgeliefert werden, während die gleiche Politik andererseits ein gesondertes Gericht mitinitiiert hat und mitfinanziert, das sich mit der Verfolgung von (früheren) Kriegsverbrechen von Angehörigen dieser Staaten beschäftigt.

Wenn so für die amerikanische Politik die Glaubwürdigkeit im Kontext von Kriegführung und Gewalttätigkeit eine besondere Bedeutung angenommen hat, so werden deut-

sche oder europäische Politik meist eher in der Rede von der Berechenbarkeit angesprochen. Diese Politik wird daran geprüft, ob sie berechenbar ist, zweifellos auch eine, wenn auch abgeschwächte Kategorie des Vertrauens. So wie er gebraucht wird, meint dieser Begriff im allgemeinen: Berechenbarkeit, Sicherheit, dass diese europäische Politik nicht in einem nachhaltigen Sinne aus der allgemeinen westlichen und d.h. vornehmlich amerikanischen ausschert, Berechenbarkeit, dass sie sich dieser unterordnet, dass keine Alleingänge und Abenteuer gegen diese unternommen werden. In diesem Sinne ist das Vertrauen in die deutsche und europäische Politik seit dem Widerstand gegen den Irakkrieg seit 2002 »erschüttert« worden, dieses Vertrauen muss, so sehen es zumindest manche Exponenten der »westlichen Wertegemeinschaft« erst wieder erworben und wieder hergestellt werden. So stehen sich also, könnte man sagen, in der Haltung zu diesem Krieg von 2003 und seinen Folgen, zwei verschiedene Formen des Vertrauensverlusts gegenüber: einerseits der Verlust des Vertrauens weiter Teile der Bevölkerung in die Richtigkeit und Gerechtigkeit der amerikanischen Außenpolitik, andererseits der Verlust des Vertrauens weiter Teile der westlichen Eliten in die Berechenbarkeit der Politik einiger europäischer Regierungen.

Worauf verweisen all diese Redefiguren, in denen eine eigentlich seelische Kategorie wie das Vertrauen in den Mittelpunkt politischer Betrachtungen und Bewertungen gestellt wird? Zum einen offenbart dieses Reden in seelischen Kategorien eine theatralische Dimension der Politik. Diese Dimension hat nicht zuletzt die Funktion einer Art Verschleierung. Politik wird als ein dramatisches Beziehungsgeflecht möglichst personenähnlicher Akteure inszeniert. Die seelische Dramatisierung in Form von hergestellten oder gestörten Vertrauensbeziehungen, von Krisen und Zerrüttungen, zeigt da eine den Beobachter wohligh anheimelnde gefühlsförmige Ebene, eine Art Fassade seelischer Dramatik, die

ihn beschäftigt und ihm die eigentlich maßgeblichen Vorgänge verhüllt. Irgendwo hinter dieser Bühne eines öffentlich erregenden Schauspiels befinden sich dann die Schnüre und Mechanismen der eigentlichen kalten maschinellen Verrichtungen in Form bestimmter Weichenstellungen der Machtbeziehungen (z.B. in Form der Lenkung von Geldströmen etc.). In diesem Sinne bildet die seelische Ebene gewissermaßen eine luziferische, illusionäre Fassade vor einer dahinter liegenden grundsätzlicheren ahrimanischen Realität. Im Marxismus hätte man gesagt, sie ist eine Ideologie.

Hypertrophie des Seelischen

In einer anderen Hinsicht mag die Neigung zur seelischen Ebene, zur erregten Konstatierung von »Vertrauen« und »Vertrauensverlust« hierzulande vielleicht auch etwas mit ganz spezifischen Neigungen zu tun haben: Rudolf Steiner zufolge haben ja die Mitteleuropäer eine Anlage zu dem, was er als »Regenbogenmenschentum« bezeichnet, d.h., es gibt dort eine Neigung zu einer Art Hypertrophie des Seelischen, der seelischen Erregung, des bloßen Fühlens, gegenüber der klaren, kalten intellektuellen Analyse einerseits, dem Willen zur Handlung andererseits. Am deutlichsten kann man diese Neigung vielleicht an den Bekundungen von »Betroffenheit«, von »Wut, Schmerz, Trauer, Abscheu« etc. ablesen, wie sie das öffentliche Ritual in Deutschland öffentlichen Menschen bei entsprechenden Anlässen abverlangt. Auch ist es recht sprechend, dass das Wort Angst, d.h. eine Bezeichnung für eine sehr große seelische Erregung, zu den wenigen gehört, die aus dem Deutschen auch in die englische Sprache mit übernommen wurden, wenn auch in einem leicht spöttischen oder sogar höhnischen Sinn. »Angst« ist für die Engländer eine Angst vor etwas, das so gar nicht existiert, eine Neigung, bestehende Detailprobleme in irgendeinem Feld in eine Art weit

übertriebenes apokalyptisches Gesamtgefühl zu übersetzen. Man könnte aus diesem englischen Verständnis eines deutschen Wortes recht tief sinnige völkerpsychologische Überlegungen ableiten. Es verweist wohl auf die – aus englischer Sicht – seelische Hypertrophie der Deutschen, aber auch – im eher positiven Sinne – auf ihre Neigung zu einer den Engländern nicht leicht verständlichen apokalyptischen Haltung (wie sie ja Rudolf Steiner als die eigentlich menschengemäße gefordert hat). Aber vielleicht ist diese englische Übernahme und Zitierung der deutschen »Angst«, die vor allem in den 1980er Jahren (den Jahren von Atomkriegsangst und Umweltangst) beliebt wurde, mit ihrem Spott auch ein Hinweis darauf, dass eben die apokalyptische Haltung nicht wirklich ausgebildet, sondern in der Form einer bloße seelischen Hypertrophie, einer Art Hysterie steckengeblieben ist. D.h., der Spott, mit dem die englischsprechende Welt die deutsche »Angst« zitiert, verweist wohl zugleich auf eine Daseinsverfehlung der Deutschen, auf eine seelische Entwicklungsstörung.

Überflüssig vielleicht hinzuzufügen, dass Hypertrophie des Fühlens nicht gleichzeitig Reichtum und Differenziertheit des Fühlens bedeuten muss; eher hat man es in diesen Betroffenheitsorgien mit allgemeinen verdickten Gefühlswolken zu tun, die es einem in sich klareren, differenzierteren und feineren Fühlen nicht erlauben und ermöglichen, sich zu entwickeln. Es sind eher, könnte man sagen, Projektionsgefühle als Erkenntnisgefühle, eher Bekundungs- als Wahrnehmungsgedühle, die sich hier zeigen.

Schließlich verweisen alle diese Redeweisen von Vertrauen und Glaubwürdigkeit aber auch auf den tatsächlichen immateriellen Hintergrund aller sozialen Zusammenhänge, auf etwas materiell daran nicht Fassbares. Der Kreislauf und die Verteilung materieller Werte in einer Gesellschaft ist nur eine Ausdrucksform dieses unfassbaren Dahinterstehenden, des Geistes einer jeweiligen Ordnung: Er ist gewissermaßen die Schrift, in der

sich dieser Geist kundtut. Noch beim Geld ist es ja so, dass sein Wert auf einer gewissen Vertrauensunterlage beruht und dass das Wegbrechen dieser Vertrauensunterlage (wie z.B. in der Wirtschaftskrise 1931) zum entscheidenden Auslöser für den wirtschaftlichen Zusammenbruch werden muss.

Das Empfinden, dass der Geist eines jeweiligen sozialen Zusammenhangs ein »richtiger«, menschengemäßer ist, ist es, was im tiefen Sinne Vertrauen in einer Gesellschaft schafft. Vertrauen ist eine seelische Widerspiegelung eines solchen herrschenden Geistigen. Dagegen ist das Empfinden, dass vielleicht im Gegenteil die sozialen Zusammenhänge vom Einzelnen geradezu verlangen, sich in das Einflussfeld eines »falschen«, »schlechten« Geistes zu begeben, wohl das, was am tiefsten zur Vertrauenskrise in einer Gesellschaft beiträgt. Das mag wohl auch ein Hintergrund der heute konstatierten Vertrauenskrisen sein: Sowohl der Glaube als auch die Empfindung dafür, dass es dem Menschen gut tut und dass es richtig ist, sich in die maßgeblichen sozialen Zusammenhänge hineinzufinden und ihre Ansprüche zu verinnerlichen, ist geschwunden. Der Mensch ist ein Wesen, das den Anspruch in sich trägt, sich seinen richtigen Platz innerhalb der Gemeinschaft zu suchen und er ist schon aus materiellen Gründen darauf angewiesen, das zu tun. Als ein solches Wesen findet er sich heute oftmals in einer Situation, in der er sich hin- und hergerissen fühlt zwischen diesem sozialen Bedürfnis und dem Empfinden, dass die aus dieser Sozialität auf ihn zukommenden geistigen Einflüsse ihn auf Abwege führen, dass sie sein Menschentum ebenso sehr beschädigen wie fördern. In diesem Zwiespalt ist er gewissermaßen aufgerufen, seinen Weg zu finden und eine menschengemäße Sozialität zu gestalten.

ANDREAS BRACHER, geb. 1959, ist Historiker und Publizist, der sich immer wieder mit zeitpolitischen Fragestellungen und Hintergründen auseinandersetzt. Kontakt: sa.bra@web.de